

Nachrichten aus Bangladesch



Beschäftigtenrechte unter Beschuss: Union-Busting stoppen!

Noch im Oktober 2016 hatten in Dhaka deutsche Gewerkschafter_innen vom Fachbereich Handel der Gewerkschaft ver.di im Rahmen von ExChains gemeinsam mit den Bekleidungsarbeiter_innen vor Ort für die Zahlung eines Existenzlohns demonstriert. Nun nehmen Arbeitgeber und Regierung friedliche Beschäftigtenproteste zum Vorwand, die Arbeiter_innenbewegung zu zerschlagen.

In Dhaka sind die Kosten für Grundnahrungsmittel und Wohnen in den letzten Monaten explodiert. Daher haben zehntausende Beschäftigte im Stadtteil Ashulia im Dezember für einen deutlich höheren Mindestlohn gestreikt. Der ist sowieso fällig, denn er muss laut Gesetz alle drei Jahre an die Preisentwicklung angepasst werden; dies geschah zuletzt 2013.

Die Proteste hatten in dem Betrieb Windy Apparels begonnen. Dort war im Oktober eine junge Arbeiterin kollabiert und gestorben, nachdem sie von ihren Vorgesetzten immer wieder an den Arbeitsplatz zurückgezwungen worden war, obwohl sie sich krank gefühlt und darum gebeten hatte, nach Hause gehen zu dürfen.

>>>>>>>



Ein internationales Netzwerk zum Recht auf Organisation entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette

Nachrichten

Nr. 1

Januar 2017

Weitere Info zum Projekt:

www.exchains.org

blog.exchains.org



www.exchains.verdi.de



www.tie-germany.org

Kontakt:

tie Bildungswerk e.V.
Heidestr. 131
60385 Frankfurt
Tel: 069-97 76 06 66
info@tie-germany.org

Gemeinsam schlagen nun Arbeitgeberverband BGMEA und Regierung mit aller Härte zu. Dabei treten sie die Rechte der Beschäftigten mit Füßen. Dazu dient ein Gesetz aus Bürgerkriegszeiten, der „Special Powers 1974 Act“. Insgesamt 16 Gewerkschaftsführer_innen wurden festgenommen, 85 Fabriken geschlossen, mehrere tausend Beschäftigte entlassen, Wohnungen durchsucht, Gewerkschaftsbüros vandalisiert und hunderte Anzeigen gegen streikbeteiligte Arbeiter_innen erstattet. Die Beschäftigtenverfolgung ist so bedrohlich geworden, dass viele gewerkschaftlich aktiven Arbeiter_innen aus Dhaka in die ländlichen Gebiete geflohen sind, um ihr zu entgehen.

In den betroffenen Fabriken lassen u.a. H&M und Zara/Inditex produzieren. So sind 10 von 24 Fabriken, in denen die Organisationsaktivitäten der im ExChains-Netzwerk aktiven Gewerkschaft NGWF aufgrund der akuten Ereignisse komplett gestoppt werden mussten, Zulieferer von H&M. Gemeinsam mit anderen Abnehmern haben H&M und Inditex die Regierung in einem Brief vom 11.1. gebeten, die Rechte der Beschäftigten zu wahren. Mit vorsichtigen Hinweisen ist es aber nicht getan: Noch heute, zwei Wochen später, sind 14 Gewerkschaftler_innen in Haft, die Entlassenen ohne Job, die Anzeigen nicht zurückgezogen, die Arbeit der Gewerkschaften suspendiert - und die Angst regiert weiter.

Liebe Konzerne, war das schon alles, was Ihr mit Eurer geballten Käufer-Macht zu erreichen vermögt?

Das fragen auch der Gesamtbetriebsrat von H&M Deutschland und die Gewerkschaft ver.di. Der GBR fordert H&M in einer öffentlichen Erklärung auf, der Selbstdarstellung als verantwortlich handelndes Unternehmen endlich Taten folgen zu lassen. ver.di möchte die Beschäftigtenrechte gewahrt sehen und fordert alle Käuferunternehmen auf, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen.

Wir fordern mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften:

- Verfolgungen stoppen, Verhaftete freilassen, Anzeigen zurückziehen !
- Entlassene wieder einstellen und entgangene Löhne zahlen!
- Beschäftigten- und Gewerkschaftsrechte achten !
- Mindestlohn erhöhen !

ver.di und der H&M-GBR unterstützen die Petition der globalen Gewerkschaftsverbände IndustriAll und UNI, siehe: <http://tinyurl.com/ha7sfbv>

oder:

